

Absehbare Finanzlöcher

Finanzpolitische Sturmwarnung

08.10.2013

René Zeller

Gute Finanzpolitiker sind rastlos. Sie blicken fortwährend nach vorn, warnen vor Masslosigkeit und erspähen auch bei budgetärem Kaiserwetter dunkle Wolken am Horizont.

Im Bundeshaus haben die achtsamen Finanzpolitiker zurzeit aber einen schweren Stand. Seit 2006 haben in der Kasse der Eidgenossenschaft stets Überschüsse resultiert. Vergessen sind die düsteren 1990er Jahre, als Defizite am laufenden Band geschrieben wurden und der Schuldenberg schwindelerregende Höhen erklimm. Der Schweiz geht es heute den Umständen entsprechend sehr gut. Was kümmern uns da einige weissgraue Wölkchen?

Ein alarmierender Bericht

Die sorglosen Politiker irren. Es ist nicht so, dass die Rückkehr zu roten Zahlen unmöglich ist. Ganz im Gegenteil: Das sachpolitische Wunschkonzert, das Parteien und Interessengruppen gegenwärtig veranstalten, könnte den Bundeshaushalt sehr rasch aus dem Lot bringen. Ein Bericht zu den finanzpolitischen Perspektiven, den der Bundesrat dem Parlament zugeleitet hat, verheisst nichts Gutes.

Der vom 20. September datierende Bericht listet hängige Geschäfte auf, deren Annahme namhafte finanzielle Auswirkungen auf den Finanzhaushalt hätte. Die Palette reicht von familienpolitischen Begehren über steuerliche Entlastungen bis zu verkehrs- und sicherheitspolitischen Anliegen. Die eidgenössische Finanzplanung stehe auf einer «fragilen Grundlage», lautet der Befund.

Das ist – gelinde gesagt – defensiv formuliert. Wenn man die diversen Mindereinnahmen und Mehrausgaben addiert, die aus besagtem Wunschkonzert resultieren könnten, so ergibt sich eine grotesk hohe Summe von 5,6 bis 7,2 Milliarden Franken. Dem stehen einnahmenseitig lächerlich anmutende 110 Millionen Franken gegenüber, die sich aus einer kleinen Mehrwertsteuerrevision ergeben könnten. Man muss kein Schwarzmalerei sein, um die Zeichen an der Wand lesen zu können. Ein Gewitter zieht auf. Die Sturmwarnung blinkt.

Wenn sich Unheil anbahnt in der Politik, ist zu fragen: Wer muss die Verantwortung schultern?

Der Bundesrat ist nicht frei von Schuld. Vor bald einem Jahrzehnt startete er das Projekt «Überprüfung der Aufgaben des Bundes» (AÜP). Systematisch sollte die Verwaltung auf Bereiche durchforstet werden, die sich verschlanken, optimieren, ausgliedern oder streichen lassen könnten. Das Projekt hob nie wirklich ab. Als Bruchstücke des Projekts AÜP dennoch den Weg in ein Sparprogramm fanden, wurde das Paket im Wahljahr 2011 alsogleich wieder aufgeschnürt. Angesichts erklecklicher Haushaltüberschüsse verspürte von links bis rechts niemand wirklich Lust, der eigenen Wählerschaft Sparmassnahmen schmackhaft zu machen.

Inzwischen hat die Landesregierung immerhin ein neues Sparprogramm aufgesetzt, genannt «Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket» (KAP). Es umfasst Massnahmen, die den Haushalt um 700 Millionen Franken entlasten sollen. Das ist weniger als vom Parlament gewünscht: Der Nationalrat hatte auf Antrag seiner Finanzkommission als Zielvorgabe formuliert, der Bundesrat solle Entlastungen von «mindestens 1 Milliarde Franken» anstreben. Groteskerweise war der gleiche Nationalrat aber im Juni dieses Jahres ausserstande, in einem ersten Schritt das 700-Millionen-Sparpaket durchzuwinken. Dieses Trauerspiel belegt: Das Parlament agiert nicht zupackender als die Regierung.

Fruchtlose Schuldzuweisungen

Wie ein schwarzer Peter wird die Verantwortung hin und her geschoben. Im Ständerat meinte CVP-Fraktionschef Urs Schwaller unlängst, er werde den Eindruck nicht los, dass die Departemente immer öfter Sparvorschläge machten, von denen sie von vornherein wüssten, dass diese im Parlament auf Widerstand stossen würden. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf konterte, das Parlament wolle einerseits 300 Millionen Franken im Personalbereich sparen – und rufe andererseits nach Personalaufstockungen im Grenzwachtkorps, in der Entwicklungshilfe und zur Beschleunigung der Asylverfahren.

Solche Schuldzuweisungen sind fruchtlos. Dass der finanzpolitische Zickzackkurs schleunigst beendet werden sollte, müsste insbesondere den bürgerlichen Parteien dämmern. Es sind aber ausgerechnet deren partikulare Interessen, die ins Tuch gehen könnten. Die familienpolitischen Volksinitiativen von SVP und CVP würden, so der Souverän zustimmt, die Bundeskasse happig belasten. Die von der FDP eingeforderten steuerlichen Entlastungen (Abschaffung der Stempelabgabe) schlugen nicht minder heftig zu Buche. Kommt hinzu, dass die SVP in unheiliger Allianz mit der SP das erwähnte Sparprogramm KAP versenkte. Auch das war kein Beitrag zu gesunden Staatsfinanzen.

Der Bericht über die möglichen Konsequenzen des fortgesetzten finanzpolitischen Schlendrians sollte Bundesrat und Parlament gleichermassen die Augen öffnen. Es ist höchste Zeit, dass rastlose Finanzpolitiker resolut Gegensteuer geben.